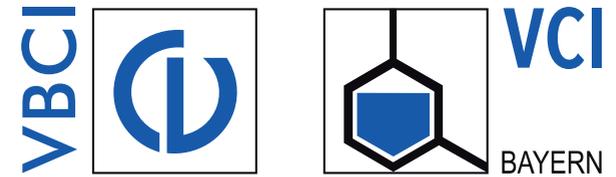


Bayerische Chemieverbände:
Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)
Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)
Innstraße 15, 81679 München
Telefon: 089-92691-0
E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de
www.bayerische-chemieverbaende.de



Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2013/2014

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern



Sehr geehrte Damen und Herren,

manche Dinge im Leben weiß man erst dann zu schätzen, wenn man sie nicht mehr hat.

Ich denke, ein nicht unerheblicher Teil unserer Gesellschaft in Deutschland ist sich nicht bewusst darüber, dass eine gute wirtschaftliche Lage und der daraus resultierende Wohlstand, verbunden mit sozialer Sicherheit, keine Selbstverständlichkeiten sind.

Statt das Industrieland Deutschland weiter zu stärken und die Rahmenbedingungen für Investition, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit positiv zu gestalten, werden immer mehr Hürden aufgebaut. Wir sind zu einem Land geworden, in dem „Nein-Sager“ und Technologiefunde mehr und mehr die Richtung bestimmen, in dem jeder Einzelne wichtige Infrastrukturprojekte lahmlegen kann und garantiert einen Politiker, eine Zeitung oder einen Professor findet, der sein Vorhaben unterstützt. „Gefühlslagen“ der Öffentlichkeit können zu Verboten von Technologien führen, ohne dass auch die Chancen bewertet wurden. Dabei sollte die Abwägung zwischen Gemeinwohl und Einzelinteressen doch Aufgabe der Politik sein.

Ich nenne hier nur den jahrzehntelangen, schleppenden Bau der A94 ins bayerische Chiemgauer Dreieck, die Blockade des Baus der benötigten Stromtrassen und die Diskussion um Nanotechnologie, Gentechnik und Schiefergas.

» UNSER WOHLSTAND UND DIE SOZIALE SICHERHEIT SIND KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN «

Ich möchte nicht einer „Leichtfertigkeit“ im Umgang mit unseren Lebensgrundlagen oder mangelnder Verantwortung für unsere Umwelt das Wort reden. Natürlich müssen wir mit unseren Ressourcen sorgfältig, verantwortlich und nachhaltig umgehen. Ich spreche vielmehr

davon, dass (zu) viele nur die Risiken sehen, statt die Chancen zu erkennen, die in vielem Neuen stecken.

Unsere starke Industrie hat Deutschland zum Wirtschaftsmotor Europas gemacht und sichert seit langem unseren Wohlstand. Vielleicht sind wir aber angesichts sprudelnder Steuereinnahmen, geringer Arbeitslosigkeit und dem Gefühl des wirtschaftlichen Aufschwungs satt und übermütig geworden. Die fehlgeleitete Energiewende, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und das Wahlgewinn einer Rente mit 63 mit ihren enormen volkswirtschaftlichen Kosten lassen das vermuten.

» DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE STARKE CHEMISCHE INDUSTRIE «

Wenn wir nicht bald die Weichen in die richtige Richtung stellen, kann sich das Blatt ganz schnell wieder wenden. Richtige Richtung heißt: Rahmenbedingungen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken und nicht schwächen, weniger Planwirtschaft und mehr Marktwirtschaft, weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortlichkeit.

Wir haben an einigen Stellen die Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, sträflich verletzt, z. B. im Gesundheitssystem und bei der Energiewende. Das muss korrigiert werden. In der Politik und der Bevölkerung muss zudem wieder die Erkenntnis greifen, dass Deutschland für den Wohlstand eine starke Industrie benötigt, auch eine starke chemische Industrie. Denn wir sind als Schlüsselindustrie der Innovationsmotor für andere Branchen. Ohne die chemische Industrie geht es nicht.

Dafür treten wir als Bayerische Chemieverbände auch in Zukunft ein.

Ihr

Günther von Au
Vorsitzender



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Die Koalition aus CDU, CSU und SPD sieht Deutschlands Chancen in einer mittelständisch geprägten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. [...] Deutschland verdankt seine starke wirtschaftliche Rolle einer besonders leistungsfähigen Industrie, die weltweit einen hervorragenden Ruf genießt. Der industrielle Sektor [bildet] mit

einem starken Mittelstand das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Güterproduktion ist der Anker für die industrielle Wertschöpfungskette, die Zulieferer und zahlreiche Dienstleister miteinander verbindet. Gleichzeitig aber nimmt das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie ab. Wir werden deshalb einen Dialog über die Rolle und das Selbstverständnis sowie die gesellschaftliche Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie anstoßen.“

» WIR SIND BEREIT, DAS DIALOGANGEBOT DER KOALITION AUFZUGREIFEN UND ZU UNTERSTÜTZEN! «

Soweit ein Auszug aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Wir sind bereit, dieses Dialogangebot aufzugreifen und zu unterstützen!

Ich meine, es ist allerhöchste Zeit, den Wertbeitrag der Industrie – allen voran den der chemischen Industrie – für unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit zu erkennen und dafür zu werben, statt einen Keil zwischen Industrie und den privaten Verbraucher zu treiben.

Wir brauchen „mehr Wertschätzung für Wertschöpfung“ – und das heißt zu begreifen, dass eine investierende und produzierende, also Werte schaffende Industrie, die auch Gewinne erzielt, mit all ihren Wertschöpfungsketten Wohlfahrtsfaktor Nummer Eins ist!

Dazu gehört auch, dass die Verantwortlichen in den Parlamenten und Regierungszentralen – ob in Brüssel, Berlin oder München – Rahmenbedingungen schaffen und erhalten, die es den Unternehmen ermöglichen, ihre Leistung zu bringen und erfolgreich zu sein.

Wir werden also sehr genau beobachten, wie das vollmundige Bekenntnis der neuen Regierung im Koalitionsvertrag den Weg in die Realität findet. Und wir werden immer wieder daran erinnern, was dafür erforderlich ist:

Ich möchte hier gar nicht von unseren bekannten Forderungen nach weniger Bürokratie sowohl „aus Brüssel“ als auch im Rahmen der nationalen Umsetzung sprechen. Auch unser Standpunkt zu steigenden

» MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR WERTSCHÖPFUNG! «

Energiekosten, fehlender Versorgungs-, Planungs- und damit auch Investitionssicherheit sowie der Gefahr, internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen, ist – nicht zuletzt durch unsere „Gemeinsame Erklärung zur Energiepolitik“ zusammen mit unserem Sozialpartner, der IG BCE – allseits bekannt und, wie es scheint, auch in der Politik angekommen.

Es geht hier um etwas viel Grundlegenderes:

Der von der neuen Regierung angekündigte Dialog muss sich vor allem einer wachsenden gesellschaftlichen Grundhaltung widmen, die den bisher erarbeiteten Erfolg, von dem wir alle profitieren, zunehmend gefährdet.

Wir beobachten seit Jahren eine Entwicklung, ‚Neugier‘ durch ‚latente Angst‘ zu ersetzen und reflexartig zu verbieten, was wir nicht verstehen. Das beginnt bei der Gentechnik und setzt sich über die Nanotechnologie bis zum ‚Fracking‘ fort.

» RISIKEN BEHERRSCHBAR MACHEN UND CHANCEN NUTZEN,
GEHÖRT ZUM KERNGESCHÄFT DER CHEMISCHEN INDUSTRIE
UND IST BASIS JEDER INNOVATION «

Risiken beherrschbar zu machen und Chancen zu nutzen, gehört zum Kerngeschäft der chemischen Industrie und ist Basis jeder Innovation. Dies ist unsere Expertise. Wir sind Teil der Lösung und nicht des Problems! Dass dabei Umweltschutz und Nachhaltigkeit höchste Priorität haben, ist kein Widerspruch. Nur auf dieser Grundlage werden wir als Branche langfristig erfolgreich und zukunftsfähig sein.

Dass wir zu unserer Verantwortung stehen, beweist nicht nur „Responsible Care“, sondern auch die jüngste Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“, die Ökonomie, Ökologie und Soziales für die chemische Industrie in einen untrennbaren Zusammenhang stellt.

Und noch eins: Wenn wir die Industrie als Wohlfaktor Nummer Eins im Lande halten und erfolgreich weiter entwickeln wollen, dann genügt es nicht, Spitze im Bereich Forschung und Entwicklung zu sein – und auch hier könnten wir mit einer steuerlichen Forschungsförderung noch viel mehr erreichen.

» WIR SIND TEIL DER LÖSUNG UND
NICHT TEIL DES PROBLEMS! «

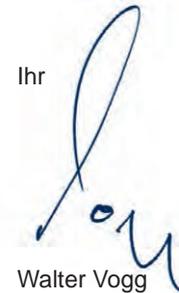
Was wir brauchen, sind Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Forschungsergebnisse in Produkte und Arbeitsplätze in Deutschland und Bayern zu transformieren. Und diese Wertschöpfung muss zu wettbewerbsfähigen Bedingungen möglich sein.

Auch dafür werden wir uns als die Bayerischen Chemieverbände mit aller Kraft auch gegenüber den neuen Regierungen im Bund und in Bayern sowie auf europäischer Ebene in Brüssel einsetzen!

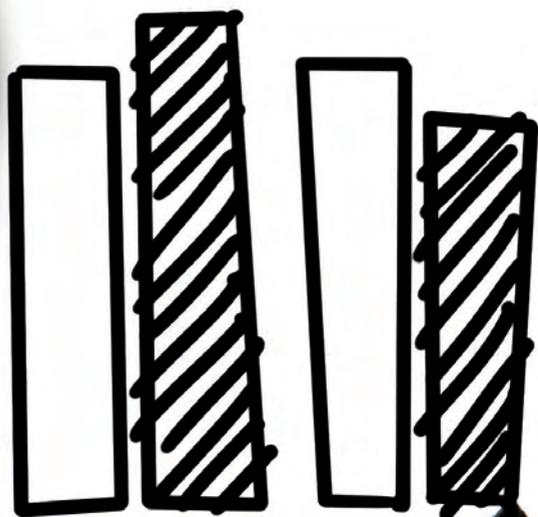
» WIR BRAUCHEN RAHMENBEDINGUNGEN, UNTER DENEN
FORSCHUNGSERGEBNISSE AUCH ZU WERTSCHÖPFUNG UND
ARBEITSPLÄTZEN IN BAYERN FÜHREN «

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bei unseren Mitgliedsunternehmen und allen, die in verschiedensten Gremien unserer Verbände mitwirken, für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung bedanken. Unsere erfolgreiche Arbeit basiert immer auch auf Ihrer Expertise und der konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

Darauf bauen wir auch in Zukunft!

Ihr


Walter Vogg
Hauptgeschäftsführer



Tarifrunde 2014

Eine Tarifrunde wird nicht dadurch einfacher, dass es vordergründig „nur“ ums Entgelt geht. Dies hat die vergangene Tarifrunde wieder einmal eindrucksvoll bewiesen.

Befeuert durch immer positivere Prognosen nahezu aller Wirtschaftsinstitute zur erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung war es äußerst schwierig, unter Hinweis auf die mehrfach enttäuschten Hoffnungen in der Vergangenheit, den mahnenden Finger zu heben, ohne als „notorischer Schwarzmaler und Berufspessimist“ abgestempelt zu werden.

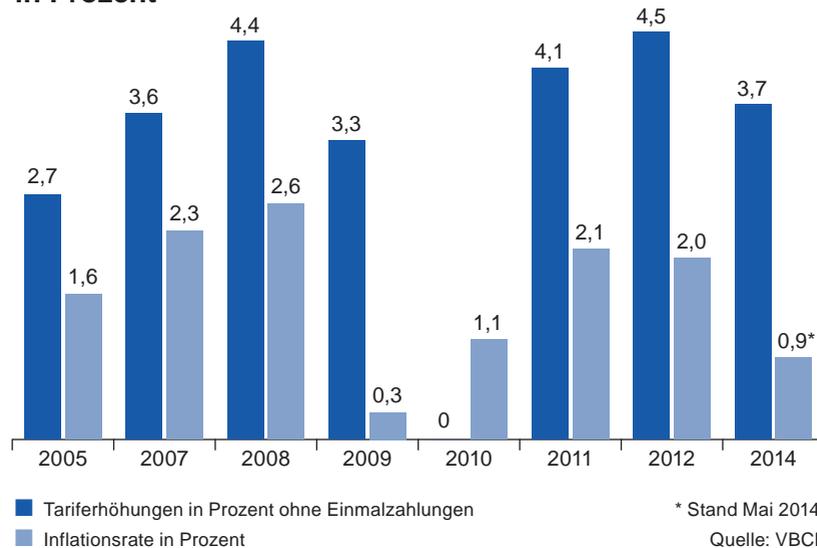
Der Umstand, dass darüber hinaus den Unternehmen im Frühjahr die Betriebsratswahlen ins Haus standen, hat die Verhandlungen mit den im Wahlkampf stehenden Arbeitnehmervertretern nicht erleichtert.

Angesichts einer über mehrere Jahre stagnierenden Produktion bei stetig steigenden Kosten, insbesondere in den Bereichen Personal und Energie, sowie anhaltendem Preisdruck wäre ein beherzter Tritt auf die Kostenbremse als Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sicher hilfreich gewesen.

» ANGESICHTS STAGNIERENDER PRODUKTION
BEI STEIGENDEN KOSTEN WÄRE EIN TRITT AUF
DIE KOSTENBREMSE HILFREICH GEWESEN «

Bei aller Zuversicht in einen künftigen Aufschwung dürfen wir nicht vergessen, wo – im In- oder Ausland – die Umsätze und Ergebnisse jeweils erzielt werden. Unsere Branche besteht im Übrigen nicht nur aus international erfolgreichen Großkonzernen, die sich selbstverständlich auch im harten globalen Wettbewerb behaupten müssen. Die große Mehrheit sind kleine und mittlere Unternehmen, die keineswegs durchgängig gute Ergebnisse vorweisen können und von hohen Tariflohnsteigerungen als dauerhafte Hypothek für die Zukunft besonders hart getroffen werden. Hier wirkt sich der strukturell meist wesentlich höhere Personalkostenanteil besonders negativ aus.

Tariferhöhung chemische Industrie in Prozent



Die in den letzten Jahren hart erkämpfte Position im internationalen Wettbewerb darf nicht durch Lohnsteigerungen verloren gehen, die erheblich über dem Produktivitätsfortschritt und der äußerst niedrigen allgemeinen Teuerungsrate liegen!

Ausbildungssituation

Angesichts dieser Ausgangslage entwickelte das Thema „Verbesserung der Situation der Ausgebildeten“ in den Tarifverhandlungen zusätzlich eine ungeahnte Sprengkraft.

Ziel war es, die Erfolgsgeschichte des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung“ fortzuschreiben und dabei den Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“ als wesentlichen Grund des bisherigen Erfolgs und notwendige Voraussetzung einer Ausbildung „über Bedarf“ engagiert zu verteidigen. Insbesondere galt es, die Forderungen abzuwehren, die unbefristete Übernahme von Ausgebildeten als Regelfall tariflich vorzuschreiben, die mit Sicherheit zu Lasten insbesondere der schwächeren Übernahmekandidaten gegangen wäre.

Dies ist im Ergebnis auch gelungen, verbunden mit dem Appell an unsere Mitgliedsfirmen, im Falle einer Übernahme von Ausgebildeten dies unbefristet

» ES IST WICHTIG, DEN GRUNDSATZ
„AUSBILDUNG VOR ÜBERNAHME“ ZU VERTEIDIGEN «

zu tun, falls eine befristete Übernahme weder aus wirtschaftlichen noch aus persönlichen Gründen sinnvoll ist. Dies entspricht sicher dem Selbstverständnis unserer Branche. Ein Anspruch hierauf oder eine rechtliche Verpflichtung hierzu besteht freilich nicht.

Und auch das neue Ziel des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung“, mindestens 9.200 Ausbildungsplätze im Durchschnitt der nächsten drei Jahre anzubieten, sollte angesichts der aktuellen Zahl von 9.575 neu angebotenen Ausbildungsplätzen, von denen fast 1.000 aus Bayern kommen, auch künftig machbar sein, zumal die eigene Ausbildung das beste Mittel gegen den Fachkräftemangel ist.

» AUFGABE WIRD ES SEIN,
POTENTIELLEN AUSZUBILDENDEN DIE ATTRAKTIVITÄT
UNSERER HOCHQUALIFIZIERTEN FACHARBEITERPOSITIONEN
DEUTLICH ZU MACHEN «

Was den drohenden Fachkräftemangel betrifft: Hier gilt es, einer Entwicklung besonderes Augenmerk zu schenken, die bei vielen Unternehmen schon zur ernstzunehmenden Herausforderung geworden ist: Dort sind es nicht die akademischen Berufsbilder, die zunehmend schwieriger zu besetzen sind, sondern die Facharbeiterfunktionen, insbesondere im Schichtbetrieb! Aufgabe in der Zukunft wird es daher sein, potentiellen Auszubildenden und Bewerbern die Attraktivität gerade unserer hochqualifizierten Facharbeiterpositionen in der chemischen Industrie noch deutlicher zu machen. Die preisgekrönte Initiative „Elementare Vielfalt“ (EIVi) liefert hierzu ja schon einen maßgeblichen Beitrag.

Entgelt

Was das Thema „Entgelt“ betrifft: Im Ergebnis ist jeder Tarifabschluss zu hoch!

Wenn man jedoch bedenkt, dass die Tarifierhöhung von nominal 3,7 % mit einer Laufzeit von 14 Monaten und einem Leermontat für alle verbunden ist, erscheint das Ergebnis angesichts der genannten Rahmenbedingungen und

» „EINSATZ- UND LEISTUNGSFÄHIGKEIT“
RÜCKT BEI VERLÄNGERTER LEBENSARBEITSZEIT
MEHR UND MEHR IN DEN MITTELPUNKT «

wirtschaftlichen Erwartungen gerade noch vertretbar. Dies insbesondere, weil für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine zusätzliche Möglichkeit erreicht wurde, die Tarifierhöhung um einen weiteren Monat – im Falle eines Verlusts einseitig sogar um zwei weitere Monate – zu verschieben. Die Durchschnittsbelastung auf die gesamte Laufzeit gesehen beträgt damit zwischen 3,44 % und 2,91 %.

Tarifrunde 2015

Worauf wir uns in der nächsten Tarifrunde einstellen müssen:

Die Regelungen des Tarifvertrages „Lebensarbeitszeit und Demografie“ zum „Demo-2“-Betrag, die bis Ende 2015 befristet sind, werden sicher eine zentrale Rolle spielen.

Und auch das Thema „Erhaltung der Einsatz- und Leistungsfähigkeit“ bei verlängerter Lebensarbeitszeit rückt angesichts eines verlängerten Erwerbslebens zusehends in den Mittelpunkt. Hier haben die beiden Tarifvertragsparteien mit ihrer am 10. März 2014 veröffentlichten gemeinsamen Erklärung „Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche“ bereits ein erstes Zeichen gesetzt, das es jetzt auszugestalten gilt.

Thema Tarifeinheit

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle auf die „zunehmende Streikbereitschaft in Deutschland“ hingewiesen und als einen der Gründe dafür genannt, dass die Rechtsprechung den Grundsatz der Tarifeinheit, d. h. „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“, aufgegeben und damit die Sparten Gewerkschaften erheblich gestärkt hat.

Angesichts des Pilotenstreiks bei der Lufthansa mit 425.000 betroffenen Passagieren und 50 Mio. Euro Schaden titelte vor einigen Wochen der Nachrichtensender n-tv: „Triumph der Kleingewerkschaften“ und fragt: „Dürfen Piloten, Lokführer und Fluglotsen mit ihren Kleingewerkschaften die Öffentlichkeit lahmlegen?“

Die Antwort aus unserer Sicht ist ein klares NEIN!

» DER GRUNDSATZ DER TARIFEINHEIT
MUSS ENDLICH GESETZLICH GEREGLT WERDEN «

Denn es geht hier letztendlich um die Tarifautonomie insgesamt.

Die Tarifautonomie hat sich als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft bewährt. Eine funktionierende Tarifautonomie baut aber immer auch darauf, dass nach einer Zeit des Verhandels eine Zeit des Betriebsfriedens folgt.

Es kann nicht sein, dass der soziale Friede in unserem Land, die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch Arbeitsplätze durch einige wenige Sparten Gewerkschaften gefährdet werden, die nur eine Minderheit der Arbeitnehmer vertreten, aber durch ihren Arbeitskampf eine Vielzahl Unbeteiligter treffen. „Englische Verhältnisse“ – d. h. ständige Streiks statt Sozialpartnerschaft und Betriebsfrieden – schaden dem Standort Deutschland. Der Gesetzgeber ist daher dringend aufgerufen, hier Klarheit zu schaffen und die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln.

Diese von uns geforderte und von der Großen Koalition versprochene gesetzliche Regelung der Tarifeinheit lässt jedoch weiter auf sich warten. In dem für dieses Frühjahr vorgesehenen sozialpolitischen Gesetzgebungspaket fehlte eine Regelung der Tarifeinheit.

Dieses essentielle Thema darf entgegen aller Versprechungen der Regierungsparteien nicht auf den „St. Nimmerleinstag“ verschoben werden.

Preis der Arbeit

Der Preis der Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Die Aufholjagd der letzten Jahre nach der Krise ist dabei sowohl den immensen Anstrengungen der Unternehmen, die Produktivität zu steigern und Kosten zu senken, als auch der Agenda 2010 und den im Vergleich eher moderaten Tarifabschlüssen zu verdanken. Aber statt das Erreichte zu sichern, werden die sozialpolitischen Vorhaben der Großen Koalition wie „Mindestlohn“ und „Rente mit 63“ mit Macht vorangetrieben – ohne Rücksicht auf den zu erwartenden drastischen Anstieg der Arbeitskosten und die drohenden Folgen für unsere Wirtschaft!

Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

An erster Stelle sind hier die Rentenreformpläne zu nennen. Das vom Bundestag verabschiedete Rentenpaket – allem voran die „Mütterrente“ und die „Rente mit 63“ – macht die bisherigen Anstrengungen zur Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in großen Teilen zunichte und wird bis 2030 rund 160 Mrd. Euro zusätzlich kosten.

» DIE SOZIALPOLITISCHEN VORHABEN DER GROSSEN KOALITION BEDEUTEN EINEN HERBEN RÜCKSCHLAG FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT «

Nach Schätzungen des BAVC können bis 2016 allein in der chemischen Industrie bis zu 14.000 Beschäftigte „früher“ ausscheiden. Ein Beitrag zur Beseitigung des Fachkräftemangels ist dies sicher nicht! Von den Folgewirkungen auf bestehende Regelungen in der betrieblichen Praxis, wie z. B. Langzeitkonten und Altersteilzeit, ganz zu schweigen.

Das Gesetz begünstigt in der vorgeschlagenen Form ein auf wenige Jahrgänge begrenztes Klientel von Versicherten pauschal – zu Lasten der übrigen Beitragszahler und Rentner und ohne zur Lösung der Herausforderungen des demografischen Wandels zielgerichtete Beiträge zu leisten. Die Erfolge am Arbeitsmarkt hinsichtlich einer höheren Beschäftigungsquote der über 60-Jährigen und die richtige und dringend notwendige Umsetzung der „Rente mit 67“ werden durch diese Neuregelung konterkariert. In der Gesamtschau widerspricht das Rentenpaket nicht nur einer vorausschauenden, demografiefes-

ten und nachhaltigen Sozialpolitik, es verletzt auch die Verpflichtungen, zu denen Deutschland selbst im sog. „Euro-Plus-Pakt“ alle Euro-Staaten zu Recht gedrängt hat. Die Folgen sind unabsehbar und werden weit über die deutsche Sozialpolitik hinausgehen.

Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie/Mindestlohn

Ein Dauerbrenner in der sozialpolitischen Debatte ist das „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“, das Anfang Juli in Kraft treten soll. Wesentlicher

» DAS MINDESTLOHNGESETZ STELLT EINEN DROHENDEN EINGRIFF IN ETABLIERTE REGELUNGEN UNSERER MITGLIEDSFIRMEN DAR «

Inhalt ist das Mindestlohngesetz mit einem gesetzlichen, bundesweit festgelegten Mindestlohn von 8,50 Euro. Dieses Vorhaben beschädigt die Tarifautonomie und wird Bremsspuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen, insbesondere für Langzeitarbeitslose, Menschen, die noch nie gearbeitet haben und Jugendliche ohne Qualifikation.

Seriöse Berechnungen gehen von einem Verlust von bis zu 200.000 Arbeitsplätzen aus. Der Mindestlohn wird auch die Einstiegschancen junger Menschen voraussichtlich wesentlich verschlechtern, sollten Praktika von über sechs Wochen vom Mindestlohn erfasst werden. Gerade in der chemischen Industrie sind längerfristige Orientierungspraktika weit verbreitet, die hierdurch erheblich gefährdet werden. Weiter ist zu befürchten, dass auch das von den Chemie-Sozialpartnern ins Leben gerufene Programm „Start in den Beruf“ für lernschwache Jugendliche dem Mindestlohn zum Opfer fällt.

Das Gesetz erfasst darüber hinaus *alle* Arbeitnehmer, selbst wenn der Stundenlohn höher als 8,50 Euro liegt. So greift der Gesetzentwurf massiv in bestehende Tarif- und Arbeitsverträge sowie in Betriebsvereinbarungen ein. Die flexible Vereinbarung von Arbeitszeitkonten, die in der Krise 2008/2009 maßgeblich dazu beigetragen haben, den Abbau von Personal zu vermeiden, soll stark eingeschränkt werden.

So müssen Zeitguthaben künftig spätestens nach 12 Monaten ausgeglichen sein. Demgegenüber ermöglicht der MTV Chemie bislang noch einen Ausgleichszeitraum bis zu drei Jahren. Auch die rechtsbefriedenden Ausschlussfristen in Tarifverträgen und Arbeitsverträgen werden bedroht. Letztendlich

führen diese Inhalte sowie zusätzliche Informationspflichten, verbunden mit einer uneingeschränkten Generalunternehmerhaftung für Nachunternehmer, zu einem vom Normenkontrollrat bezifferten Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft in Höhe von mindestens 16 Mrd. Euro.

Der unter dem Titel „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf zum Mindestlohn entpuppt sich unter dem Strich als ein „Tarif-

» DAS „TARIFAUTONOMIESTÄRKUNGSGESETZ“ ENTUPPT SICH ALS EIN „TARIFAUTONOMIESCHWÄCHUNGSGESETZ“ «

autonomieschwächungsgesetz“. Dass das geplante Gesetz seinem Namen nicht gerecht wird, zeigt sich insbesondere dadurch, dass die im Koalitionsvertrag angekündigten Regelungen zur Tarifeinheit nicht Teil des Gesetzentwurfs sind. Der Grundsatz der Tarifeinheit als ein viele Jahrzehnte funktionsfähiges und friedenssicherndes System muss gesetzlich geregelt werden.

Gesetzentwurf zur Flexibilisierung der Elternzeit und zum „ElterngeldPlus“

Auch der vom Bundesfamilienministerium vorgelegte Gesetzentwurf zur Flexibilisierung der Elternzeit und zum „ElterngeldPlus“ beinhaltet finanzielle Belastungen und schränkt die Sicherheit bei der Personalplanung weiter ein, wenn z. B. künftig eine Aufteilung der Elternzeit in bis zu drei Abschnitte durch den Arbeitnehmer erfolgen kann.

Es ist eine gefährliche Entwicklung, dass immer mehr individuelle Ansprüche für Arbeitnehmer auf Gestaltung ihrer Arbeitszeit geschaffen und die betrieblichen Belange dabei immer weniger berücksichtigt werden. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend zu verbessern, sind aus Sicht der Arbeitgeber staatlicherseits andere Aufgaben vorrangig zu erledigen. An oberster Stelle steht hier der Ausbau einer bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Kinderbetreuung.

Kabinettsbeschluss zum Pflegestärkungsgesetz

Auch im Bereich Pflegeversicherung bittet die Große Koalition die Beitragszahler wiederum zur Kasse. Durch die stufenweise Anhebung des Pflegebeitrags werden diese mit jährlich rund sechs Mrd. Euro mehr belastet. Zusammen mit der fehlenden Absenkung des Rentenbeitrags kosten die Ko-

alitionsbeschlüsse zur Renten- und Pflegeversicherung die Beitragszahler allein in dieser Legislaturperiode rund 40 Mrd. Euro zusätzlich. Zudem werden mit den jetzt geplanten Leistungsausweitungen die Reserven der Pflegeversicherung trotz höherer Beitragssätze schon in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Die nächste Beitragsanhebung ist also schon vorprogrammiert.

Beabsichtige Neuregelungen zur Arbeitnehmerüberlassung und zu Werkverträgen

Auch im Bereich der Zeitarbeit und bei den Werkverträgen droht ein schwerwiegender Eingriff in die unternehmerische Gestaltungsfreiheit. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Höchstüberlassungsdauer für Leiharbeiter auf 18 Monate zu begrenzen. Weiter ist geplant, die Informations- und Unterrichtsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Werkverträgen auszuweiten und die sog. „verdeckte Arbeitnehmerüberlassung“ zu sanktionieren. Für beides bedarf es keiner gesetzlichen Änderung.

Von den Gewerkschaften werden sogar weitreichende Mitbestimmungsrechte gefordert, die tief in die Planungsfreiheit des Arbeitgebers eingreifen und die verfassungsrechtlichen Grenzen der betrieblichen Mitbestimmung sprengen. Die Neugestaltung von Arbeitsabläufen und Produktionsprozessen und die Beauftragung Dritter im Rahmen von Werk-/Dienstverträgen dürfen nicht zur Disposition der Betriebsräte stehen.

>> ES GILT, DROHENDE FEHLENTWICKLUNGEN ZU VERHINDERN UND EINER UNKONTROLLIERTEN REGELUNGSWUT EINHALT ZU GEBIETEN! <<

Es handelt sich hier wieder einmal um Beispiele, wie einzelne Missbrauchsfälle, die wir ebenfalls entschieden ablehnen, zum Anlass genommen werden, die gesamte Wirtschaft in Sippenhaft zu nehmen und ihr Fesseln anzulegen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigt.

Ziel muss es vielmehr sein, Zeitarbeit und Werkverträge, die wir als Flexibilisierungsinstrumente in einer hoch volatilen und arbeitsteiligen globalen Wirtschaft dringend benötigen, in ihrer bisherigen Form für die Wirtschaft zu erhalten. Ohne diese hätte es kein „Jobwunder“ gegeben.

Die aufgeführten Vorhaben lassen nur eine Politik des Verteilens und des Regulierens erkennen, jedoch nicht eine Politik des Erwirtschaftens – wie im Koalitionsvertrag vollmundig beschrieben. Es gilt, drohende Fehlentwicklungen, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit auch Arbeitsplätze gefährden, zu verhindern und einer unkontrollierten Regelungswut Einhalt zu gebieten!



VBCI



Ziele und Arbeitsweise

Ziel unserer Arbeit im VBCI ist es, die tarif-, sozial- und personalpolitischen Interessen unserer Mitgliedsunternehmen wirkungsvoll und erfolgreich zu vertreten und sie bei entsprechenden Fragestellungen bestmöglich zu unterstützen. Wir erreichen dies durch intensiven Kontakt, Hilfestellung und enge Abstimmung mit den Unternehmen auf der einen Seite und im konstruktiven Dialog mit den Ansprechpartnern in Politik, Gesetzgebung, Verwaltung und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Die praxisorientierte, offene und vertrauensvolle Arbeit im Vorstand und Wirtschaftspolitischen Ausschuss sowie im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss weist uns die Richtung und leistet hierzu einen wertvollen Beitrag. Abgerundet wird unsere Arbeit durch ein breites Angebot an Fortbildungsveranstaltungen und Seminaren.

Themen

Schwerpunkte der Gremienarbeit waren auch diesmal die Tarifpolitik, aktuelle Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie die europäische Sozialpolitik. Auch Vorhaben der EU zu „Corporate Social Responsibility“, die Pensionsfondsrichtlinie und neue Vorschriften zur Arbeitnehmerentsendung wurden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf nationale Regelungen behandelt.

Berufsausbildung

Der Arbeitskreis Berufsausbildung befasste sich u. a. mit der Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Denn für die bayerischen Chemieunternehmen wird es immer schwieriger, geeignete Bewerber für die Berufsausbildung zu finden.

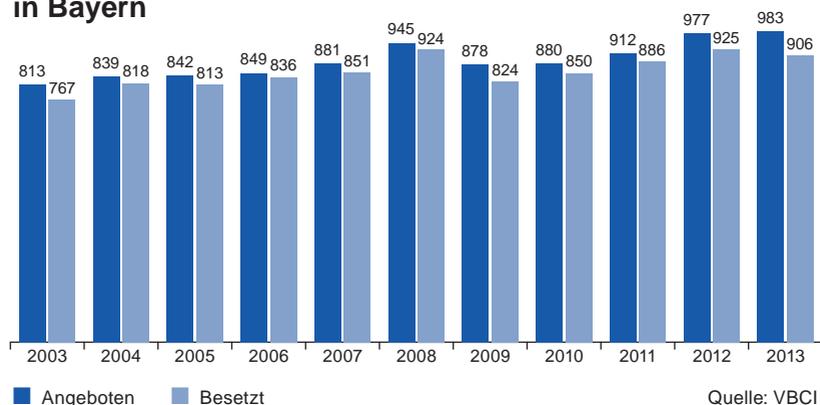
Betroffen sind besonders die gewerblich-technischen Berufe, allen voran der Chemikant. Ursachen für den Bewerberrückgang sind sinkende Schulabsolventenzahlen sowie eine stärkere Hinwendung zu akademischen Bildungsangeboten. Die Unternehmen begegnen dem mit verstärkten Werbebemühungen insbesondere an den Schulen, um dem potentiellen Nachwuchs die Attraktivität einer Ausbildung und späteren Beschäftigung in der Chemie aufzuzeigen. Unterstützt werden sie hierbei durch die Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVi)“ der Chemiearbeitgeberverbände, die 2013 mit dem HR Excellence Award des Magazins „Human Resources Manager“ ausgezeichnet wurde. EIVi vermittelt den Jugendlichen in ihrem Internetauftritt durch übersichtlich aufbereitete Berufsinformationen in zeitgemäßem Design

ein realistisches Bild der Arbeitswelt Chemie. Zusätzlich wird im Spätsommer/Herbst 2014 eine neue Rubrik „Ausbildung im Mittelstand“ freigeschaltet, deren Ziel es ist, kleineren und mittelgroßen Unternehmen eine möglichst einfache und unbürokratische Nutzung der kostenfreien Werbepattform von EIVI zu ermöglichen.

**>> VERSTÄRKTE WERBEBEMÜHUNGEN
INSBESONDERE AN DEN SCHULEN <<**

Um auch in Zukunft den naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchs zu sichern, werden seitens der Bayerischen Chemieverbände Seminare für Lehrer an Grund- und Realschulen sowie Gymnasien organisiert, um sie dabei zu unterstützen, ihren Unterricht in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern noch interessanter gestalten zu können. Außerdem werden in sog. „Schülertagen“ an Universitäten Schüler an die aktuellen Themen der Chemie herangeführt.

**Ausbildungsplätze chemische Industrie
in Bayern**



Der Anteil der unbesetzten Lehrstellen stieg zwar von 3,4 % in 2010 auf 7,8 % in 2013. Die Zahl der besetzten Stellen hat aber von 850 in 2010 auf 906 in 2013 um knapp 7 % zugenommen.

2013 wurden in Bayern insgesamt 983 Ausbildungsplätze für den Beginn einer Ausbildung in der chemischen Industrie angeboten. Damit werden knapp

21 % mehr Lehrstellen angeboten als im Jahr 2003, dem Referenzjahr des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“. Die bayerischen Chemieunternehmen haben damit die Verpflichtungen aus diesem Tarifvertrag deutlich übererfüllt und sind nicht nur ihren gesellschaftspolitischen Verpflichtungen gerecht geworden. Ausbildung ist auch noch immer das beste Mittel gegen einen drohenden Fachkräftemangel.

Personalentwicklung

Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung diskutierte im Berichtszeitraum neue Entwicklungen in den Bereichen „Coaching für Führungskräfte“, „Generation Y“ und Programme zur Entwicklung für Führungskräfte, um hier einen Austausch der Erfahrungen in den Mitgliedsunternehmen zu ermöglichen.

**>> MEHR ALS 700 MITARBEITER AUS DEN MITGLIEDS-
UNTERNEHMEN WURDEN IM RAHMEN UNSERES
WEITGEFÄCHERTEN SEMINARPROGRAMMS GESCHULT. <<**

Schulungen und Seminare

Mehr als 700 Mitarbeiter aus den Mitgliedsunternehmen konnten im Rahmen unseres weitgefächerten Fortbildungs- und Seminarprogramms ihre Kompetenzen und Fertigkeiten erweitern und wurden über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Zu erwähnen sind hier Seminare wie Crashkurs Betriebswirtschaft, Management und Gesundheit, Neuerungen in der Sozialversicherung und im Steuerrecht zum Jahreswechsel, Mitarbeiterkontrolle, Flexibler Personaleinsatz, Betriebsratswahl 2014, Einführungsreihe zum Arbeits- und Tarifrecht für Personalsachbearbeiter und Praktikerseminare mit Richtern der Arbeitsgerichtsbarkeit zu ausgewählten rechtlichen Themen. Neu in das Fortbildungsprogramm aufgenommen wurden „Workshops“ zu ausgewählten Fragestellungen aus der betrieblichen Praxis. In diesen Workshops werden mit den Teilnehmern anhand von praxisrelevanten Fällen, z. B. zu den Themenbereichen Abmahnung, Vorbereitung der Kündigung oder Betriebsratsanhörung, Lösungen interaktiv erarbeitet.

Zusätzlich wurden „Inhouse-Schulungen“ vor Ort bei Mitgliedsunternehmen durchgeführt, die speziell auf die Bedürfnisse des jeweiligen Mitgliedsunternehmens zugeschnitten waren.

Ein weiterer wichtiger Baustein unseres Fortbildungsangebots ist seit vielen Jahren das Format „Meistertreffen“. Die „Meistertreffen“ sind ein wertvoller Beitrag zur Motivation und Führungsfähigkeit der Meister in der chemischen Industrie. Ursprünglich initiiert, um den Austausch unter den Meistern unserer Branche zu fördern, haben sich die „Meistertreffen“ zu einem hochmodernen Seminar für diese wichtige Mitarbeitergruppe entwickelt. Meister sind oft in einer Sandwich-Position zwischen Management und Mitarbeitern. Die Anforderungen an Führungsqualitäten, betriebswirtschaftliche Kenntnisse, aber auch an Wissen über wirtschafts- und gesellschaftspolitische sowie arbeitsrechtliche Fragen sind entsprechend hoch.

Im Rahmen des einwöchigen Seminars „Meistertreffen“ werden genau diese Themen kundengerecht vermittelt. Die Seminare sind auf die Belange der Chemie zugeschnitten und besonders für ihre Nähe zur Praxis sowie der Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bekannt. Aus diesem Grund freuen wir uns seit Jahren auch über die rege Teilnahme von Mitarbeitern aus nicht-bayerischen Firmen.

Um ein professionelles Angebot insbesondere auch bei den kostenpflichtigen Fortbildungsveranstaltungen gewährleisten zu können, wurde Anfang des Jahres die „CSB Bayerische Chemie Service und Beratungs GmbH“, kurz „CSB“, gegründet. Sie übernimmt die Funktion, die bisher bei der Chemie Bildungs GmbH lag.

» WIR UNTERSTÜTZEN UNSERE MITGLIEDER BEI DER NUTZUNG TARIFLICHER FLEXIBILISIERUNGSELEMENTE «

Prozessvertretung

In zahlreichen Prozessen vor den Arbeits-/Sozialgerichten, den Landesarbeits-/Landessozialgerichten in Bayern und auch dem Bundesarbeitsgericht wurden die rechtlichen Interessen der Mitgliedsunternehmen durch die fünf Juristen im VBCI engagiert und erfolgreich vertreten.

Zahlenmäßigen Schwerpunkt bilden nach wie vor die Streitigkeiten um den Bestand des Arbeitsverhältnisses. Die Bandbreite reicht von geltend gemachten Ansprüchen auf Feststellung eines Arbeitsverhältnisses bei angeblicher Scheinselbständigkeit, über Teilzeit während und nach der Elternzeit, Rechte bei Betriebsübergang, Zeugnisberichtigungen, Urlaub bei langanhaltender

Krankheit, Aktienoptionen, tarifvertragliche Leistungen bis hin zu betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeiten wie Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates bei Einstellung.

Beratung von Mitgliedern und Informationsangebote

Ein weiterer Schwerpunkt der juristischen Tätigkeit waren die Beratung der Unternehmen bei der Umsetzung der Tarifverträge wie dem „Demo-2“-Betrag und die Unterstützung bei Verhandlungen mit Gewerkschaften und Betriebsräten sowie deren Rechtsanwälten, angefangen von unternehmensbezogenen Verbandstarifverträgen, Nutzung der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln über Betriebsvereinbarungen zu Arbeitszeitsystemen bis hin zu Betriebsübergängen und Umstrukturierungen mit Interessenausgleich und Sozialplan, auch im Rahmen von Einigungsstellen.

Abgerundet wird diese Unterstützung der Mitgliedsunternehmen durch das breitgefächerte, tagesaktuelle Intranet des VBCI, den wöchentlichen Newsletter und das monatliche Journal sowie umfangreiche Arbeitshilfen für die tägliche Personalarbeit, wie z. B. das knapp 500-seitige Handbuch „Das Arbeitsverhältnis in der Chemischen Industrie“. Dieses zusammen mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus den Chemieverbänden und Mitgliedsunternehmen erarbeitete Handbuch wurde in diesem Jahr erstmals aufgelegt. Es ergänzt das Handbuch „Arbeitsvertragsgestaltung in der Chemischen Industrie“ und dient dazu, den Personalverantwortlichen mit praxisorientierten Formulierungsvorschlägen und Checklisten eine Hilfestellung in der täglichen Personalarbeit zu geben. Es umfasst die fünf Themenbereiche Anbahnung, Begründung, Durchführung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie Besonderheiten des Berufsausbildungsverhältnisses.

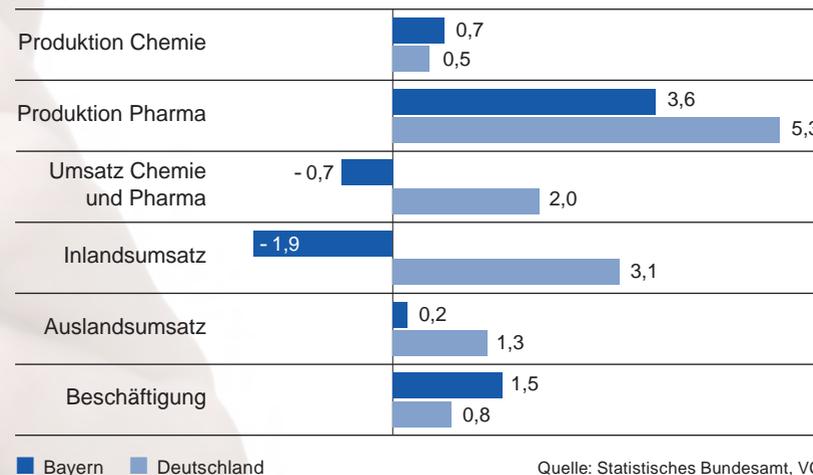
2013 in Deutschland

Das Jahr 2013 hatte für die chemische Industrie zunächst ohne die erhoffte Trendwende begonnen. Insgesamt erlebten wir ein wechselhaftes Jahr. Nach einem starken zweiten Quartal 2013 fiel das dritte Quartal wieder verhaltener aus. Dennoch konnte das Jahr mit einem guten Schlussquartal beendet werden. Die Produktion legte von Oktober bis Dezember deutlich zu, vor allem im Pharmageschäft. Dadurch stieg der Umsatz im Jahreswert um 2 % auf rund 191 Mrd. Euro, obwohl die Preise in jedem Quartal des Jahres nachgaben. Die Wachstumsimpulse kamen dabei erstmals wieder aus dem Auslandsgeschäft. Die Inlandsnachfrage blieb auf hohem Niveau stabil.

» DER JAHRESUMSATZ DER BRANCHE STIEG DEUTSCHLANDWEIT UM 2 % AUF RUND 191 MRD. EURO «

Die Zahl der Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ist mit einem Plus von 0,8 % ebenfalls leicht gestiegen, sodass zum Jahresende 438.000 Mitarbeiter beschäftigt waren.

Gesamtjahr 2013, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

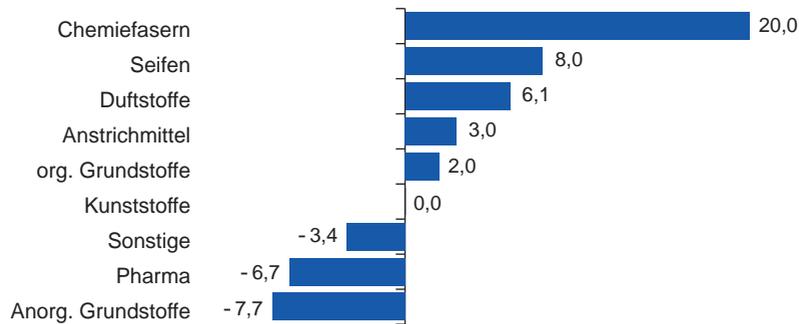


Quelle: Statistisches Bundesamt, VCI, Statistisches Landesamt, VCI-LV Bayern

2013 in Bayern

In Bayern zeigte sich ein deutlich schlechteres Bild. Im Jahresdurchschnitt stagnierte der Umsatz (ohne Pharma). Die chemische und pharmazeutische Industrie zusammengenommen blieben in Bayern mit 16,5 Mrd. Euro um 0,7 % unter dem Vorjahresniveau. Dies ist auch den Umsatzeinbußen bei den anorganischen Grundstoffen und Chemikalien sowie im Pharmabereich geschuldet. Der Exportanteil stieg leicht an.

Spartenergebnisse 2013, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

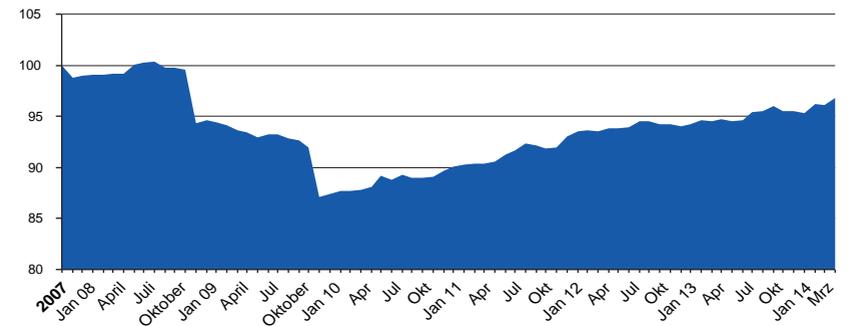


■ Änderung Umsatz in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt, VCI, Statistisches Landesamt, VCI-LV Bayern

Die Anzahl der Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern hat sich um 1,5 % erhöht.

Beschäftigte chemische und pharmazeutische Industrie Bayern **Index: 2007 = 100**



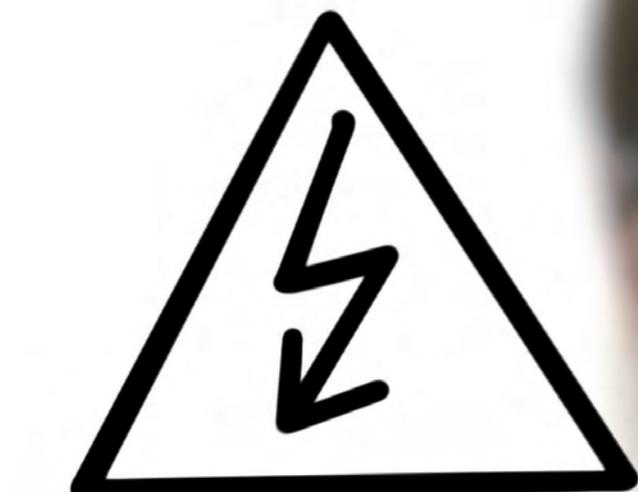
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

2014 in Deutschland

Dank des guten Geschäftes im Inland ist die Chemie in Deutschland auf hohem Umsatzniveau ins Jahr 2014 gestartet. Bei leicht rückläufiger Produktion und nahezu stabilen Chemikalienpreisen konnte die Branche an das Umsatzniveau des starken Vorquartals anschließen. Das Auslandsgeschäft war in Summe rückläufig. Einerseits legte zwar das Europageschäft zu, andererseits ging die Nachfrage aus den USA und aus Asien zurück.

» FÜR 2014 RECHNET DER VCI MIT EINEM ANSTIEG DER CHEMIEPRODUKTION UM 2 % UND DES BRANCHENUMSATZES UM 1,5 % «

Für das Jahr 2014 insgesamt rechnet der VCI mit einem Anstieg der Chemieproduktion um 2 %. Die Preise werden voraussichtlich um 0,5 % sinken, so dass der Branchenumsatz um 1,5 % auf 193,5 Mrd. Euro steigen könnte.



Energiepolitisches Zieldreieck

In den Veröffentlichungen der Bayerischen Staatsregierung zur Energiepolitik oder Energiewende wird ausführlich darauf hingewiesen, wie wichtig alle drei Dimensionen der Energiepolitik sind („Energiepolitisches Zieldreieck“): ökologisch, sicher und bezahlbar. Die Wichtigkeit der Energieversorgung unserer Industrie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist sowohl in Bayern als auch im Bund erkannt, verstanden und dokumentiert – u. a. im Koalitionsvertrag. Die Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen bringen uns derzeit allerdings

» WARNUNGEN EINER EXPERTENKOMMISSION,
DASS DAS ERNEUERBARE ENERGIEN GESETZ (EEG)
DIE EIGENTLICHEN ZIELE NICHT ERREICHT,
WERDEN IGNORIERT «

keinem der Ziele näher. Warnungen einer eigens von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission, dass das EEG die eigentlichen Ziele nicht erreicht, also weder dem Klima noch der Versorgungssicherheit hilft und zudem sehr teuer ist, werden ignoriert.

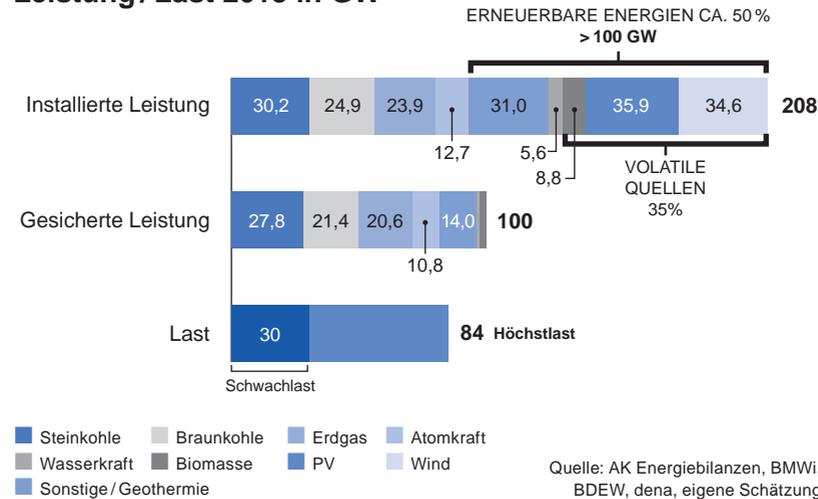
Ökologie

CO₂-Emissionen werden in der EU im Wesentlichen über das ETS (European Trading Scheme), den sog. Zertifikatehandel geregelt und das gilt insbesondere für die Stromversorgung. Maßnahmen einzelner Staaten zur Senkung der CO₂-Emissionen sind nur sinnvoll, wenn die Kosten der Maßnahme geringer sind als die der entsprechenden Zertifikate – oder, wenn sich die Maßnahme auf nicht durch das ETS erfasste Emittenten bezieht. Deutschland kann national CO₂-Emissionen der Stromerzeugung reduzieren soviel es will und zu welchen Kosten auch immer, die Emissionen der EU insgesamt werden dadurch nicht beeinflusst – höchstens die Preise der Zertifikate. Die Zertifikatspreise sind aus verschiedenen Gründen, u. a. auch wegen unserer Energiewende und wegen der gewaltigen Wirtschaftskrise zurückgegangen. Kohleverstromung ist auch deshalb mittlerweile sehr günstig, günstiger jedenfalls als die umweltfreundlichere Stromerzeugung mit Gas, und die CO₂-Emissionen steigen eher. Das EEG hilft dem Klima nicht! Es kann dem Klima gar nicht helfen!

Versorgungssicherheit

Mittlerweile sind in Deutschland deutlich über 70 GW „installierte Leistung“ aus volatilen Quellen wie Wind und Photovoltaik verfügbar. Weht der Wind und scheint die Sonne, könnte theoretisch – wenn ausreichend Leitungen vorhanden wären – sogar fast die Maximallast im Netz allein aus diesen beiden Energiequellen gedeckt werden.

Leistung/Last 2013 in GW



Zu Zeiten von Normal- oder Schwachlast und bei entsprechender Witterung wird schon heute zu viel Strom produziert. Noch sind die Netzbetreiber in der Lage, den „Überschuss“ abzuregeln oder ins Ausland zu verschieben – zum Teil verbunden mit Zusatzkosten, nicht nur zur Freude der Nachbarn. Aber wie lange noch?

>> DEUTSCHLAND KANN NATIONAL CO₂-EMISSIONEN IN BELIEBIGER MENGE REDUZIEREN, DIE EMISSIONEN DER EU INSGESAMT WERDEN DENNOCH DURCH DAS ETS BESTIMMT <<

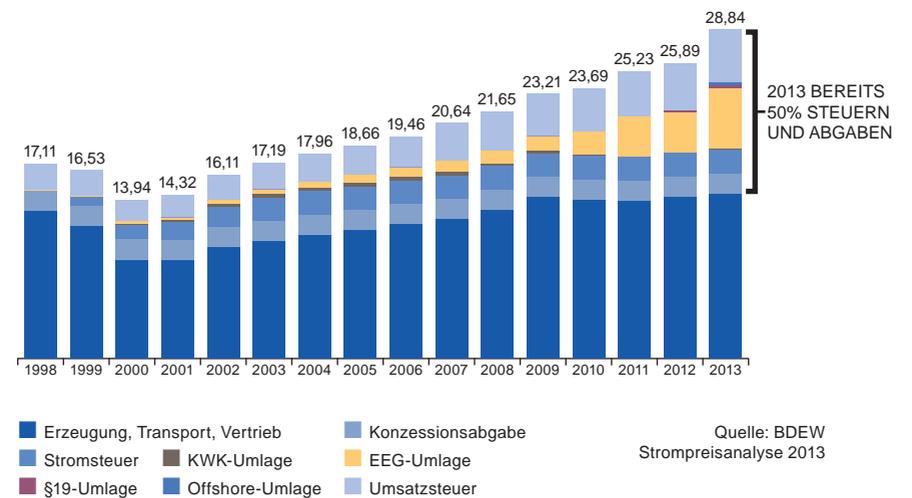
Gleichzeitig werden durch den Atomausstieg – gerade in Bayern – und ggf. zukünftig wegen der Abschaltung unrentabler Gaskraftwerke sowie fehlender Leitungen Zeiten entstehen, die es immer schwerer machen, die Frequenz im Netz zu halten.

Wind- und Sonnenenergie können die Atomkraft nicht ersetzen, solange es keine geeigneten Speicher gibt. Hierfür muss es also anderen Ersatz geben, der sich unter den planwirtschaftlichen Bedingungen derzeit aber nicht rechnet. Die Versorgungssicherheit wird abnehmen!

>> DIE EEG-UMLAGE UND DIE STROMKOSTEN WERDEN WEITER STEIGEN. VON KOSTENBREMSE KEINE SPUR <<

Bezahlbarkeit

Das EEG 2.0 legt „verbindliche Ausbaukorridore“ fest. „Nicht mehr“ als 2,5 GW Windkraftleistung zusätzlich pro Jahr. Es ist kein Mechanismus vorgesehen, die entstehenden Kosten zu senken. Es ist auch kein Mechanismus vorgesehen, das Kostenniveau wenigstens nicht weiter ansteigen zu lassen. Die EEG-Umlage wird auch nach der Novellierung des EEG weiter ansteigen. Und mit ihr die Stromkosten.



Auch langfristig ist fraglich, ob sich diese „Investition in erneuerbare Energiequellen“ lohnt. Wie kann die Rückkehr zur Marktwirtschaft denn noch gelingen? Wer reinvestiert nach Ablauf der Förderzeit noch in EE-Anlagen?

Besondere Ausgleichsregelung

Bei der Einführung des EEG war eine allgemein akzeptierte Bedingung seitens der Industrie, dass energieintensive Unternehmen/Branchen durch das Gesetz nicht aus dem internationalen Wettbewerb gedrängt werden dürfen.

Die Besondere Ausgleichsregelung, BesAR, also die teilweise Befreiung von der EEG-Umlage für Unternehmen mit einer hohen Energieintensität, sollte das gewährleisten. Allen Beteiligten – auch der Politik – war klar, dass es wichtig für die deutsche Industrie ist, Wertschöpfungsketten zu erhalten. Auch, weil klar ist, dass man durch ein Verdrängen von Branchen aus Deutschland in andere Länder dem Klima keinen Gefallen tut – Stichwort: „Carbon Leakage“.

>> ENERGIEINTENSIVE UNTERNEHMEN/BRANCHEN DÜRFEN DURCH DAS EEG NICHT AUS DEM INTERNATIONALEN WETTBEWERB GEDRÄNGT WERDEN <<

Nun hat die EU-Wettbewerbskommission ein Verfahren gegen Deutschland gestartet, das die Befreiung von der EEG-Umlage in Frage stellt. In den neuen Leitlinien sind jetzt befreiungswürdige Sektoren definiert, offensichtlich, damit es nicht zu wettbewerbsverzerrenden Bedingungen innerhalb einer Branche kommt, wenn manche Firmen von der EEG-Umlage befreit sind und andere nicht.

Im neuen Gesetz zur EEG-Umlagebefreiung wird Deutschland indes – obwohl von der EU nicht gefordert – nicht nur an einer Schwelle für die Stromintensität festhalten, sondern sie sogar von 14 % auf 16 % bzw. ab 2015 auf 17 % erhöhen und damit wettbewerbsverzerrende Bedingungen wahrscheinlich sogar verschärfen. Die Auswirkungen auf unsere Branche sind derzeit nicht abschätzbar. Eigentlich müsste die „Eingangsschwelle“ abgeschafft werden. Zumindest müsste sie gleitend sein.

Eigenstrom

Industrielle Eigenstromversorgung, insbesondere aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), ist verbrauchsnahe, dezentral, CO₂-arm, höchst effizient, ressourcenschonend und damit eine wesentliche Stütze der Energiewende. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird der Ausbau von KWK-Anlagen durch das KWK-Gesetz gefördert.

Industriellen Eigenstrom – also selbst verbrauchten Strom aus eigenen Kraftwerken – mit einer EEG-Umlage zu belasten ist daher absurd, der Vorwurf einer „Flucht aus dem EEG“ oder „Entsolidarisierung“ sachlich falsch. Mit einer EEG-Umlage würden vielmehr etliche Eigenstromanlagen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Damit würden auch staatlich geförderte KWK-Anlagen vom Netz gehen und neue nicht mehr gebaut. Die Versorgungssicherheit würde abnehmen und der für die Industrie nötige Dampf würde nicht mehr mit hocheffizienten KWK-Anlagen erzeugt, sondern wieder mit konventionellen Dampferzeugern. Umwelt- und wirtschaftspolitisch wäre dies ein schwerer Fehler.

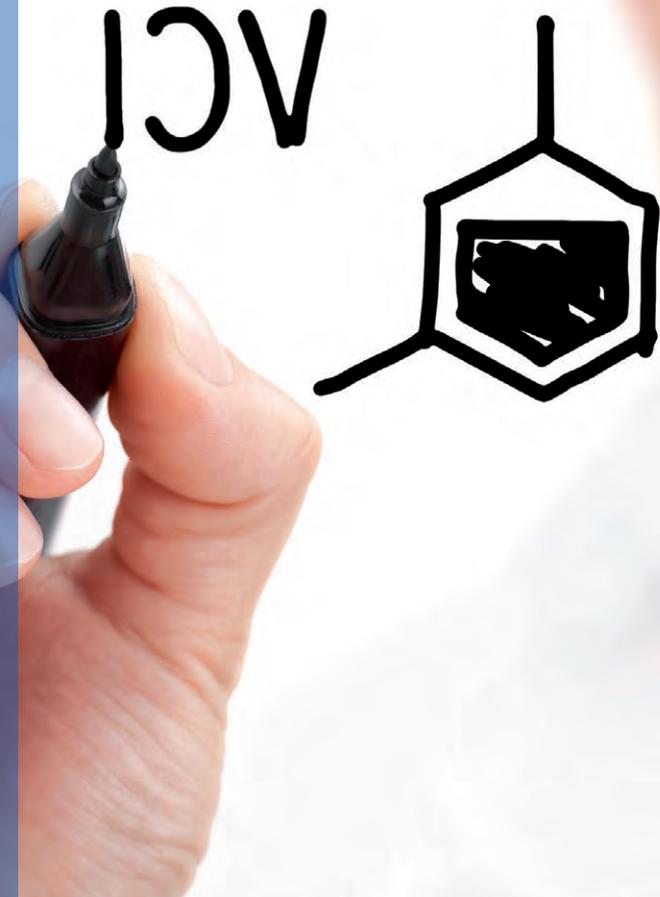
Für existierende Eigenstromanlagen muss ganz unabhängig von dieser Logik ein Vertrauens- und Bestandsschutz gelten, wie er für Windkraft- und Solaranlagen auch selbstverständlich ist und wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Existierende industrielle Eigenstromanlagen dürfen nicht plötzlich mit der EEG-Umlage belastet werden. Allein die Diskussion über eine Aufweichung dieses Grundsatzes verhindert manche Investitionsentscheidung und damit Wachstum und Arbeitsplätze.

>> DIE STROMPREISE FÜR DIE INDUSTRIE MÜSSEN WIEDER INTERNATIONAL WETTBEWERBSFÄHIG WERDEN <<

Der jüngste Vorstoß des EU-Wettbewerbskommissars gegen eine Ungleichbehandlung von (Eigenstrom-)Alt- und Neuanlagen darf nicht dazu führen, dass der Bestandsschutz und damit die Wirtschaftlichkeit der Anlagen in Frage gestellt wird.

Noch bevor das EEG 2.0 verabschiedet ist, wird klar, dass ein EEG 3.0 dringend nötig ist. Die Strompreise für die Industrie müssen wieder international wettbewerbsfähig werden, die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein und auch der Klima-/Umweltaspekt kann besser adressiert werden. Bezahlbare, sichere Energie ist für unsere Industrie „Rohstoff“, der am Anfang der Wertschöpfungskette steht.

Die EEG-Umlage sollte eigentlich ganz aus dem Strompreis verschwinden. Warum sollten Subventionen für erneuerbare Energien nicht wie andere Subventionen finanziert werden? Sie würden damit besser unter parlamentarische Kontrolle kommen und könnten so über wirtschaftlichen Erfolg finanziert werden und würden denselben nicht schon im Keim ersticken.



VCI

Der Erhalt und Ausbau sowie die wirtschaftliche Stärkung und Zukunftssicherung des Chemiestandorts Bayern stand – wie immer – im Fokus der Verbandsarbeit.

BAYERN

Das bedeutet, insbesondere daran zu arbeiten, dass Wertschöpfungsketten erhalten bleiben und die Bedeutung der chemischen Industrie als Innovationsmotor für die Leistungsfähigkeit der gesamten Industrie erkannt wird.

Unternehmen sehen sich einer immer größeren, bürokratischen Komplexität in den verschiedenen Rechtsbereichen wie z. B. Umwelt, Stoffregulierung oder Arbeitsschutz ausgesetzt, die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen –

» ES IST WICHTIG, WERTSCHÖPFUNGSKETTEN ZU ERHALTEN
UND DIE BEDEUTUNG DER CHEMISCHEN INDUSTRIE
ALS INNOVATIONSMOTOR
DER GESAMTEN INDUSTRIE ZU ERKENNEN «

die Legal Compliance – wird zu einem immer größeren Ressourcen-verschlingenden Kraftakt. Selbst im Jahresbericht 2013 der Bundesregierung über die Entwicklung des Erfüllungsaufwands infolge gesetzlicher Regelungen für Verwaltung, Bürger und Wirtschaft wird bilanziert, dass dieser laufende Aufwand für die deutsche Wirtschaft 2013 per Saldo um rund 1,6 Mrd. Euro angestiegen sei und es dazu noch einen einmaligen Umstellungsaufwand in Höhe von rund 2,3 Mrd. Euro gegeben habe. Einen kontinuierlichen Anstieg des Erfüllungsaufwands konstatiert auch der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seiner Stellungnahme zu diesem Bericht.

» ES IST VERBANDSZIEL,
DEN ADMINISTRATIVEN AUFWAND
FÜR DIE MITGLIEDSUNTERNEHMEN
ZU REDUZIEREN «

Ein wesentliches Verbandsziel ist es daher, den administrativen Aufwand für die Mitgliedsunternehmen zu reduzieren und dabei insbesondere den Gesetzesvollzug im Sinne einer pragmatischen und praxisnahen Umsetzung zu begleiten. In den Arbeits- und Expertenkreisen des Landesverbandes findet hierbei ein stetiger Erfahrungsaustausch statt, immer auf der Suche nach Vorschlägen und Lösungen.

Umweltpolitik

Ein Beispiel für kooperative Lösungen stellt die Bewältigung des Überwachungsteils bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL) dar. Diese sieht für dort genannte Anlagen u. a. eine i.d.R. jährliche Überwachung der Einhaltung aller Auflagen aus den Anlagengenehmigungsbescheiden, ferner die Vorlage eines umfassenden Ausgangszustandsberichts für Boden (AZB) bei Anlagenänderungen vor. Gemeinsam mit dem Umweltministerium wurden im Rahmen von Pilotprojekten Wege gefunden, solch aufwendige Überwachungspflichten pragmatisch umzusetzen. Darüber hinaus wurde ein Rahmenkonzept für eine Überwachungsübereinkunft zwischen Unternehmen und zuständiger Behörde – unter Miteinbeziehung der unternehmensspezifischen Eigenüberwachung – entwickelt.

Auch die Auslegung Bayerns zur Umsetzung des Ausgangszustandsberichts des Bodens kann Überforderungen vermeiden. Trotz dieser guten Ansätze ist eine weitere Begleitung der Umsetzung der IE-RL nötig. Dies vor allem auch

>> KOOPERATIVER UMWELTSCHUTZ STATT „LAW AND ORDER“ <<

im Hinblick auf die Verschärfungen z. B. durch die Überarbeitung der Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT-Schlussfolgerungen). Mit diesen Themen beschäftigt sich sowohl der Arbeitskreis Umweltfragen als auch der durch den Landesverband organisierte Expertendialog Umwelt VCI-vbw, der als „Trouble-Shooting-Kreis“ konstruktiv und kooperativ mit den zuständigen Behörden Lösungswege erarbeitet. Kooperativer Umweltschutz anstatt „Law and Order“ soll auch die Basis für die Verhandlungen zum Umweltpakt V im nächsten Jahr sein.

Stoffpolitik/REACH

Eine aktuelle Studie zu den Auswirkungen von REACH auf kleine und mittlere Unternehmen im Auftrag des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments bestätigt eindeutig, dass der Erfüllungsaufwand für die chemische Industrie immer größer wird.

Zur REACH-Umsetzung müssen nunmehr auch die unteren Tonnagebereiche (1-100 t) bis 31. Mai 2018 registriert werden. Die unter REACH geregelte Zulassungspflicht der besonders besorgniserregenden Stoffe (SVHC) greift immer stärker in die Anwendung von Chemieprodukten ein. Die stetig anwachsende Kandidatenliste für die Aufnahme als SVHC unter REACH, der

enorme Aufwand eines Zulassungsverfahrens, die Befristung der Zulassung und die damit verbundene Planungsunsicherheit werden das Verschwinden oder die Verlagerung entsprechender Stoffströme in das EU-Ausland, anstatt – wie vom Gesetzgeber erhofft – Innovationsschübe, zur Folge haben. Nach der CLP-Verordnung müssen, neben Stoffen, ab dem 1. Juni 2015 auch Gemische nach diesen neuen Regeln klassifiziert und gekennzeichnet werden. Damit soll eine Vereinheitlichung in der EU und die Implementierung des weltweit harmonisierten Systems der Chemikalienklassifizierung und -kennzeichnung (GHS) der Vereinten Nationen umgesetzt werden. Die verschiedenartige Umsetzung in einer Vielzahl an Ländern außerhalb der EU widerspricht allerdings dem Grundgedanken dieser Regelung. Der Verband, seine Mitgliedsfirmen und die zuständigen bayerischen Behörden verfolgen kooperativ und konstruktiv einen EU-rechtskonformen Vollzug der komplexen Vorgaben von REACH und GHS, der auch die wirtschaftlichen Konsequenzen der einzelnen Maßnahmen im Fokus hat.

>> WIR VERFOLGEN EINEN EU-RECHTSKONFORMEN VOLLZUG DER KOMPLEXEN VORGABEN VON REACH UND GHS, DER AUCH DIE WIRTSCHAFTLICHEN KONSEQUENZEN IM FOKUS HAT <<

Im Expertendialog Stoffpolitik werden von Fachleuten aus Behörden und aus der bayerischen chemischen Industrie immer wieder auftretende Umsetzungsfragen im Detail diskutiert mit dem Ziel, praxistaugliche Lösungen zu finden. Dieses Vorgehen hat sich auch im Zuge der europaweiten Vollzugsprojekte REACH-EN-Force-I und -II sowie der damit verbundenen Überprüfung von Registranten und nachgeschalteten Anwendern bewährt. Außerdem nahmen das Thema „Nano“ und die damit verbundenen gesetzlichen Regelungen beim Expertendialog vermehrt einen größeren Raum ein. Beispielsweise arbeiten wir daran, ein sog. Nano-Register zu verhindern – nicht, weil die chemische Industrie etwas zu verbergen hätte, sondern, weil ein neues Register, also zusätzliche Bürokratie, weder einen nennenswerten Beitrag zu mehr Transparenz liefert noch zu mehr Produktsicherheit führt.

Nachhaltigkeit/Chemie³



Die im Mai 2013 von BAVC, IG BCE und VCI ins Leben gerufene Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ basiert auf dem Verständnis eines gleichberechtigten Zusammenspiels aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales. Nachhaltigkeit ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Branche, d. h. erfolgreich wirtschaftende Unternehmen mit sicheren Arbeitsplätzen und Fachkräftenachwuchs, Weiterentwicklung im Umweltschutz, verantwortungsvoller Bezug von Rohstoffen bis hin zum Dialog mit den Standortnachbarn.

Auch unser Landesverband beteiligt sich aktiv an der Umsetzung dieser Initiative. Als Beispiele seien genannt die Ausrichtung eines SPICE³-Workshops zum Thema Energieeffizienz, die finanzielle Beteiligung am Graduiertenkolleg BayReChem 2050 in Straubing für die Erforschung von nachwachsenden Rohstoffen für die chemische Industrie und die Beteiligung an der Responsible-Care-Initiative, aber auch die Unterstützung der GAB als Kooperationsmodell zur freiwilligen Altlastensanierung in Bayern. Im Expertenkreis „Nachhaltigkeit und Responsible Care“ werden Best-Practice-Beispiele aus den Unternehmen vorgestellt, um im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens voneinander zu lernen.

>> NACHHALTIGKEIT IST VORAUSSETZUNG FÜR DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UNSERER BRANCHE <<

Auch unser Landesverband beteiligt sich aktiv an der Umsetzung dieser Initiative. Als Beispiele seien genannt die Ausrichtung eines SPICE³-Workshops zum Thema Energieeffizienz, die finanzielle Beteiligung am Graduiertenkolleg BayReChem 2050 in Straubing für die Erforschung von nachwachsenden Rohstoffen für die chemische Industrie und die Beteiligung an der Responsible-Care-Initiative, aber auch die Unterstützung der GAB als Kooperationsmodell zur freiwilligen Altlastensanierung in Bayern. Im Expertenkreis „Nachhaltigkeit und Responsible Care“ werden Best-Practice-Beispiele aus den Unternehmen vorgestellt, um im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens voneinander zu lernen.

>> INNOVATIONSFÄHIGKEIT DER CHEMISCHEN INDUSTRIE WIRD DURCH FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG SICHERGESTELLT, SIE IST EIN WESENTLICHES ELEMENT DER NACHHALTIGKEIT <<

Forschung

Die Innovationsfähigkeit der chemischen Industrie wird durch aufwendige Forschung und Entwicklung sichergestellt, sie ist ein wesentliches Element der Nachhaltigkeit.

Ein attraktiver Forschungs- und Entwicklungsstandort sowie die Möglichkeit, Innovationen im Land in Produkte umsetzen zu können, sind unverzichtbare

Bedingungen hierfür. Staatliche Forschungsförderung, Erfahrungsaustausch innerhalb von Innovationsprozessketten, Einbindung von Hochschulforschung sowie die Fokussierung von Forderungen der Industrie zu forschungsrelevanten Themen an die Politik sind Kernthemen im Arbeitskreis Forschung. So wurde in einem Projekt – in Zusammenarbeit mit dem Chemie-Cluster Bayern – ein Forschungsregister bayerischer Chemielehrstühle und der dortigen Arbeitskreise erstellt. Damit sollen die Forschungskompetenzen an bayerischen Universitäten und Hochschulen für mögliche Kooperationsprojekte immer aktuell für die Unternehmen sichtbar sein.

Gesundheitspolitik

Einer hochregulierten pharmazeutischen Industrie im Rahmen des Gesundheitssystems werden immer mehr Möglichkeiten zur Finanzierung ihrer Innovationen genommen, vor allem durch planwirtschaftliche Eingriffe in die Preisbildung, durch ein mehrjähriges Preismoratorium, durch Zwangsrabatte und Arzneimittelrabattverträge.

>> DER PHARMAZEUTISCHEN INDUSTRIE WERDEN DURCH DIE POLITIK IMMER MEHR MÖGLICHKEITEN ZUR FINANZIERUNG IHRER INNOVATIONEN GENOMMEN <<

Welche Entwicklungsmöglichkeiten eine leistungsstarke pharmazeutische Industrie in Bayern in einem marktwirtschaftlichen System tatsächlich hätte, wurde in einer Studie von BASYS aufgezeigt. Die Studie wurde von der „Pharmainitiative Bayern“ – einem Aktionsbündnis einzelner Firmen und dem Verband – in Auftrag gegeben. Ihre Vorstellung in verschiedenen politischen Gremien fand vielseitiges Interesse. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der pharmazeutischen Industrie und die weitreichenden Auswirkungen gesundheitspolitischer Entscheidungen konnten so sichtbar gemacht werden.

Politik und öffentliche Meinung

Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass sich die Politik auch in Detailfragen nach der „öffentlichen Meinung“ richten muss. So kommt es, dass auch in der politischen Diskussion zur Lösung von Herausforderungen oft die Frage überwiegt, was mit Zustimmung der Wähler durchsetzbar oder opportun ist gegenüber der Frage, was gut ist fürs Land. Beispielhaft lässt sich das an den zukünftigen Ausbaukorridoren für Windenergie sehen. Obwohl klar ist, dass mit weiterem massiven Ausbau von Windenergie die EEG-Umlage weiter steigen, der Nutzen aber begrenzt sein wird, scheint der Bundeswirtschaftsminister gezwungen, großzügige Ausbaupläne für Windenergie festzulegen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, er bremse die Energiewende aus. Genauso bei der Diskussion über die „gerechte“ Verteilung der EEG-Umlage und die Besondere Ausgleichsregelung oder bei den nötigen Stromtrassen in Bayern. Die „öffentliche Meinung“, also das Bild, das in den Medien entsteht (Vierte Macht), entscheidet mehr und mehr, und immer weniger die demokratische Mehrheitsmeinung oder die vom Sachverstand getragene praktische Vernunft.

Für die Verbandsarbeit heißt das, dass wir verstärkt zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen müssen. Wir müssen eine breitere Basis für unsere Themen finden und mehr Menschen erreichen.

Die rein sachliche Argumentation ist sicher – gerade in unserer naturwissenschaftlich geprägten Branche – ein natürlicher Reflex. Eine fachlich fundierte, sachliche Argumentation wird auch weiterhin ein wichtiger Teil sein. Genauso wichtig aber ist es, die Menschen emotional zu erreichen und eine echte positive Identifikation mit dem Stellenwert der „Chemie“ in unserem Leben zu schaffen!

Wir setzen natürlich auch weiterhin auf einen vertrauensvollen und konstruktiven Dialog mit den Ministerien und der Politik.

In naher Zukunft werden vor allem folgende Themen dominieren:

Energiepolitik

Die Energiewende, das EEG und die Besondere Ausgleichsregelung werden auch im nächsten Jahr wieder einen großen Teil der Arbeit bestimmen. Auch nach Inkrafttreten der EEG-Novelle werden viele Punkte nicht adressiert und

ungelöst bleiben. Beispielsweise die Frage der Rentabilität nötiger Ersatzkraftwerke in wind- und sonnenarmen Zeiten – Stichwort: Kapazitätsmärkte. Der Dialog mit der Politik muss weiter geführt werden.

Die Debatte um Fracking könnte wichtig werden. Denn Deutschland darf sich nicht mutwillig der Möglichkeiten berauben, die durch Gasvorkommen unter dem eigenen Boden existieren könnten. Wir benötigen zusätzliche Wege, um unsere Energieunabhängigkeit auszubauen. Die deutsche Industrie hat das Know-how, um Fracking umweltverträglich weiterentwickeln zu können. Verschließen wir uns aber dieser Technologie, wird die Entwicklung woanders stattfinden. Dabei gilt es, die Risiken und die Sorgen der Öffentlichkeit ernst zu nehmen und umweltverträgliche Lösungen bereitzustellen – das ist schon lange das Selbstverständnis unserer Branche.

Umwelt- und Stoffpolitik

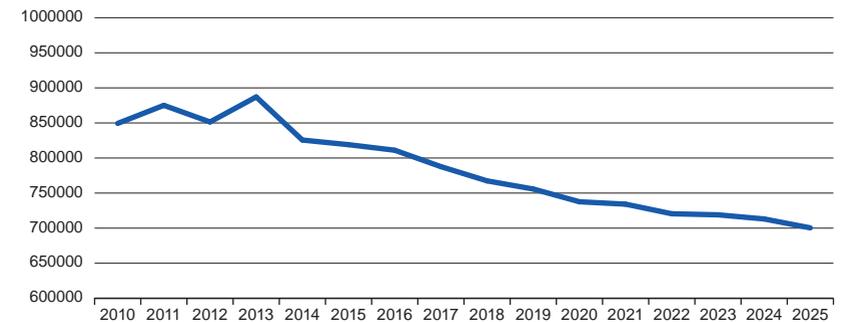
In der Umwelt-/Stoffpolitik werden uns REACH und CLP/GHS beschäftigen. REACH geht in die Phase der Registrierung der kleinen Substanzmengen (unter 100 t) und die Liste der SVHC (Substanzen hoher Bedenklichkeit) wächst weiterhin. Neue Regelungen zu Nano-Substanzen werden zudem angestrebt. Auch die Umsetzung der CLP-Verordnung ist mit großem Aufwand verbunden. Denn ab 2015 müssen nach CLP/GHS neben Stoffen auch Gemische klassifiziert und gekennzeichnet werden.

Demographische Entwicklung

Der entstehende Nachwuchskrätemangel wird unsere Branche belasten. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird von heute 55,8 Mio. auf 39,2 Mio. im Jahr 2050 zurückgehen – mit gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Belegschaft altert. Gleichzeitig werden junge Nachwuchskräfte – vor allem Fachkräfte im Schichtbetrieb – knapp.

Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe hängt von der professionellen Qualifizierung und Integration der Älteren in den Unternehmen ab. Es ist nötig, gut qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und länger zu halten sowie flexible Übergänge in den Ruhestand zu organisieren.

Schulabsolventen in Deutschland



Quelle: BIBB-Datenreport 2013

Sozial- und Tarifpolitik

Nach den kräftigen Tarifierhöhungen der letzten Jahre müssen wir in der nächsten Tarifrunde darauf achten, die Wettbewerbsfähigkeit nicht über Gebühr zu belasten. Daneben steht der Erhalt der Einsatz- und Leistungsfähigkeit bei längerer Lebensarbeitszeit ebenso im Fokus wie eine Bilanz der befristeten Regelungen aus dem Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“.

In der Sozialpolitik geht die Große Koalition unbeirrt ihren Weg wie im Koalitionsvertrag beschrieben. Hier gilt es, der Politik des Verteilens und Regulierens Einhalt zu gebieten, damit Arbeit noch bezahlbar bleibt.

Die Arbeit in den Gremien, in den Arbeitskreisen, an den Runden Tischen, in den Expertendialogen bleibt daher sehr wichtig und die Verbandsarbeit lebt weiter durch die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit unter und mit den Vertretern unserer Mitgliedsfirmen.

Das gesamte Team der Bayerischen Chemieverbände freut sich auf die Zusammenarbeit und das gemeinsame Verfolgen dieser Ziele.

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald
 Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
 Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München (Vorsitzender)

Prof. Dr. Aldo Belloni, München	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München
Albert Franz, Obernburg	Dr. Alois Virag, Burghausen
Claus Haberda, Penzberg	Walter Vogt, München
Peter Kurz, Fürth	

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Jens Abromeit, Hallstadt (bis Jan. 2014)	Klaus Kamhuber, Trostberg
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Stefan Greger, Trostberg	Karl Strummer, Vohburg

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Klaus Angermaier, Burghausen	Peter Knoll, Fürth
Christian Beuth, Trostberg	Matthias Matz, Vohburg
Robert Brüstl, Gersthofen	Ute Melcher, Pullach
Dr. Heinrich Dageförde, Bobingen	Bernhard Pawlitza, Burgkirchen
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Rolf Flügel, München	Christina Pliml, Burghausen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Michael Grimbs, Pullach	Stephan Roth, München
Walter Haunberger, Burghausen	Andreas Schmitz, Penzberg
Lothar Heißenberg, Haar	Ulrich Semler, Neu-Ulm
Klaus Hofmann, München	Rudolf Söllner, Seefeld
Heinz Jahreiß, Bad Berneck	Günther Steinmetz, Hallstadt
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Jochen Volbracht, Burgkirchen
Hannes Kauper, Nürnberg	

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Jens Abromeit, Hallstadt (bis Jan. 2014)	Arne Schulle, Unterschleißheim
Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Wolfgang Stehle, Nürnberg
Jörg Hettmann, München	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Erich Lackner, Trostberg	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen	Gerhard Witzany, Schwandorf
Dr. Thomas Schnell, München	

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Thomas Kühn, Illertissen
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Markus Fritzsche, Essenbach	Hanspeter Quodt, Haar
Stefan Greger, Trostberg	Dr. Thomas Schnell, München
Manfred Hoffmann, Neuburg	

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München	Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Rudolf Ribka, Walberberg
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Fritz Hartl, Grädfelfing	Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Werner Kalb, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Peter Umfug, München
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß	Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Dr. Michael Wieser, Burghausen
Energiepolitik	Dr. Ralph Ottlinger, Ismaning
Forschung	Claus Haberda, Penzberg
Kommunikation	Claus Haberda, Penzberg (seit Okt. 2013)
Umweltfragen	Dr. Dieter Gilles, Burghausen

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: RA Walter Vogt

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Dr. Roland Appel
RA Stefan Mößner	RA Florian Ender
	RA Peter Fürnthaler
Geschäftsführer (VCI-LV):	Dr. Mirja Hartmann (seit April 2014,
Dr. Markus Born	Chemie-Cluster)
Dr. Josef L. Geller	RAin Christiane Hönig-Achhammer
	RAin Jana Kraus
	Robert Schuder
	RAin Ursula Spieler
	Kwam Walton

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland						
Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2011	2012	2013	%	Melde-Nr.
2012	Farbstoffe und Pigmente	76.081	77.081	77.823	2,2	2012
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.838.376	1.527.051	1.360.845	17,9	2013
2013 25 270	Natriumhydroxid i.wässr.Lsg.(Natronlauge)		72.188	79.803	12,2	2013 25 270
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	2.247.072	2.405.476	2.340.625	8,7	2014
2014 32 800	and. gesätt. acycl. einbas. Carbonsäur. Salz und Ester	48.223	49.787	44.903	11,9	2014 32 800
2014 51 500	and. organisch-anorganische Verbindungen	34.608	39.604	37.843	5,5	2014 51 500
2014 71 200	Aktivierete natürliche mineralische Stoffe; Tierisches Schwarz, auch ausgebraucht	155.475	132.464	106.302	89,4	2014 71 200
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen		83.381	63.580	1,7	2015
2016	Kunststoffe in Primärformen	3.981.789	4.096.096	4.138.977	16,6	2016
2016 40 308	Epoxidharze i. and. Primärform	31.479	30.795	30.341	7,7	2016 40 308
2016 53 908	And. Acrylpolymeren i Primärformen a.n.g.	121.812	130.880	133.050	7,6	2016 53 908
2016 54 500	Polyamid-6,- 11, -12, -6,6, -6,9, -6,10, -6,12	-	106.790	119.239	6,1	2016 54 500
2016 56 709	Polyurethane in Primärformen	51.751	58.216	28.196	1,6	2016 56 709
2020	Schädlingsbekämpfung-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	66.333	82.354	71.706	2,6	2020
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.513.442	1.463.833	1.451.351	16,9	2030
2030 11 505	And. Acrylpolymeranstr.farben wie Grundierungen	23.138	22.619	21.261	13,9	2030 11 505
2030 11 507	Acrylpolymerlacke Dispersionslackfarben	48.144	45.439	47.931	15,0	2030 11 507
2030 11 705	Synthet. Polymer Anstr.farben u. -lacke	26.262	15.390	17.267	3,7	2030 11 705
2030 12 507	Venylpolymeranstr.farben i. nwässr. Med. dispergiert	14.326	13.410	14.892	15,7	2030 12 507
2030 12 901	Festkörperreiche Lacke High Solids	26.812	31.968	33.243	19,9	2030 12 901
2030 12 902	Alkydharzlacke lufttrocknend	20.373	21.145	21.710	8,8	2030 12 902
2030 12 907	Epoxidharzlacke	19.584	20.974	23.282	9,6	2030 12 907
2030 12 908	Polyurethanharzlacke	49.256	44.092	45.897	13,9	2030 12 908
2030 12 909	Anstrichfarben u. -lacke and. synth. etc. Grundlage	27.777	24.416	21.329	11,7	2030 12 909
2030 22 799	Andere zusammengesetzte organ. Löse-,Verdünn.mitt.	-	27.455	29.687	10,8	2030 22 799
2030 24 500	Schwarze Druckfarben	-	-	39.872	15,9	2030 24 500
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	660.580	621.179	640.900	11,1	2041
2041 32 600	Grenzfl.aktive Zuber. Herstellg. v. Waschmittel ind. n.A.E.	36.299	43.540	39.022	17,5	2041 32 600
2041 32 740	Zubereit. Wasch Reinigmitt. n.A.E. Autowaschmittel	14.192	15.150	18.382	55,2	2041 32 740
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.015.116	966.541	1.007.331	20,5	2042
2042 12 500	Schminkmittel Make-up für die Lippen	174.407	150.464	160.653	74,2	2042 12 500
2042 15 003	Wässer, Cremes Spez.behandl.mittel zur Gesichtspflege	37.812	29.854	29.806	4,7	2042 15 003
2042 15 005	Wässer, Cremes zur Körperpflege auch für Kleinkinder	33.456	35.679	34.802	8,8	2042 15 005
2042 17 007	Tönungsshampoo, Haarfärbemittel, Haarbleichmittel		23.297	19.398	7,5	2042 17 007
2042 19 755	Duschbäder	74.178	100.827	100.864	27,1	2042 19 755
2052	Klebstoffe	87.128	97.468	113.095	7,0	2052
2053	Etherische Öle	124.229	127.405	128.434	8,7	2053
2059 41 570	Zub. Schmiermitt. f. Masch.	24.623	21.540	24.511	7,1	2059 41 570
2059 41 790	Zub. Schmiermittel für Masch., App. etc. ohne Ölanteil	83.308	74.435	92.145	30,1	2059 41 790
2059 43 500	Zubereitete Gefrierschutzmittel	87.149	63.393	93.712	31,2	2059 43 500
2059 52 100	Zus.gesetzte Diagnostik- od. Laborreagenzien a.n.g.	280.865	286.091	294.449	18,7	2059 52 100
2059 52 300	Modelliermassen, zuber. Dentalwachs,Zahnabdruckma.	115.240	110.008	109.205	37,4	2059 52 300
2059 59 909	Andere chem. Erzeugnisse Rückst. Zub. d. chem. oder and. Ind. etc.	73.308	63.384	56.206	1,7	2059 59 909
2060	Chemiefasern	847.111	771.298	786.801	36,3	2060
2099	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	136.714	135.819	140.221	7,3	2099
20	Chemische Erzeugnisse	14.448.061	14.214.877	14.138.535	12,4	20
2110	Pharmazeutische Grundstoffe uä Erzeugnisse	94.626	101.136	101.054	3,0	2110
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmaz. Erzeugn.	-	1.449.402	1.503.752	5,9	2120
2120 11 800	Arzneiw. and. Antibiotika enth. ohne Penicilline i.A.E.	35.023	35.103	37.391	2,4	2120 11 800
2120 13 600	And. Arzneiwaren, Vitamine enth. i.A.E.	265.179	258.888	276.620	12,2	2120 13 600
2120 13 800	And. Arzneiwaren, Jod, Jodverb., etc. enthalt. i.A.E.	659.484	710.066	708.779	8,0	2120 13 800
21	Pharmazeutische u.ä. Erzeugnisse	1.474.923	1.550.539	1.604.806	5,8	21
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	15.922.984	15.765.416	15.743.341	11,1	20+21

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2012	2013	%	2012	2013	%
Bayern						
Gesamtumsatz	16.658.764	16.548.956	-0,7	335.818.088	338.233.065	0,7
darunter Ausland	9.876.444	9.893.540	0,2	172.542.046	176.973.313	2,6
Beschäftigte	57.387	58.275	1,5	1.190.560	1.193.158	0,2
Bund						
Gesamtumsatz	186.829.879	190.564.763	2,0	1.741.862.289	1.737.565.945	-0,2
darunter Ausland	112.864.307	114.309.228	1,3	787.284.763	798.820.083	1,5
Beschäftigte	434.312	437.952	0,8	5.923.061	5.948.764	0,4

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	3.056.691	2.822.246 -7,7 %	2.212.073	2.081.019 -5,9 %	9.409	9.353 -0,6 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.757.298	1.792.999 2,0 %	789.777	889.794 12,7 %	3.491	3.948 13,1 %
Kunststoffe in Primärformen	2.570.384	2.569.104 0,0 %	1.666.207	1.656.338 -0,6 %	4.586	4.434 -3,3 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.420.831	1.462.752 3,0 %	762.016	779.546 2,3 %	6.439	6.589 2,3 %
pharmazeutische Erzeugnisse	1.987.050	1.853.929 -6,7 %	1.006.746	894.801 -11,1 %	7.954	7.504 -5,7 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.063.985	1.149.318 8,0 %	538.501	573.122 6,4 %	2.561	2.651 3,5 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.099.774	1.167.272 6,1 %	564.928	630.926 11,7 %	4.332	4.560 5,3 %
Chemiefasern	663.428	795.868 20,0 %	401.283	493.516 23,0 %	3.267	3.241 -0,8 %
Sonstige	3.039.323	2.935.468 -3,4 %	1.934.913	1.894.478 -2,1 %	15.348	15.995 4,2 %

nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.9.

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,
eigene Berechnungen